

# Chronologie

November / Dezember 2008\*

## November

**4.11.** Mit den Stimmen der Abgeordneten der Mehrheitsfraktion UMP wird in erster Lesung in der Nationalversammlung ein „Gesetzentwurf zur Finanzierung der Sozialversicherung“ (PLFSS) verabschiedet, der die Möglichkeit eröffnet, das Rentenalter im Privatsektor auf freiwilliger Basis auf 70 Jahre anzuheben. Das Gesetz, das bei Opposition und Gewerkschaften auf heftigen Widerstand gestoßen war, muss nun noch vom Senat verabschiedet werden.

**4.11.** Staatspräsident Nicolas Sarkozy gratuliert dem künftigen US-Präsidenten Barack Obama zu seinem Wahlsieg. Er begrüßt die Entscheidung der Amerikaner für einen Wechsel und eine politische Zäsur und spricht sich für eine enge Zusammenarbeit mit der neuen Regierung aus.

**6.11.** Im Kampf um den künftigen Vorsitz des *Parti socialiste* (PS) stellen sechs Kandidaten, darunter die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë, ihre Leitanträge zum künftigen Kurs der Partei zur Wahl. Mit 29 % der Stimmen der abstimmungsberechtigten Parteimitglieder entscheidet Ségolène Royal die erste Etappe auf dem Weg zum Parteivorsitz für sich. Delanoë sowie die Bürgermeisterin von Lille, Martine Aubry, eringen mit ihren Anträgen je 25 % der Stimmen.

**7.11.** Im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ treffen Europastaatssekretär Jean-Pierre Jouyet, der deutsche Staatsminister für Europa Günter Gloser sowie der

polnische Staatssekretär für EU-Koordination Miko aj Dowgiewlewicz in Paris zusammen. Im Zentrum ihrer Gespräche stehen die Zukunft des Lissabon-Vertrags, die Energieversorgung der Europäischen Union sowie das Verhältnis zu Russland und anderen östlichen Partnerstaaten der EU.

**8.11.** Nach einer Serie von Sabotageakten gegen das Schienennetz der Bahngesellschaft SNCF in verschiedenen Regionen Frankreichs kommt es zu stundenlangen Verspätungen im Zugverkehr. Nach Angaben des Konzerns waren die Täter mit der Technik der Hochgeschwindigkeitszüge vertraut. So handelt es sich bei den meisten Vorfällen um eine Manipulation der Oberleitungen.

**10.11.** Der renommierte französische Literaturpreis *Prix Goncourt* wird im Jahr 2008 an den französisch-afghanischen Autor Atiq Rahimi verliehen. Der 1962 in Kabul geborene Schriftsteller erhält den Preis für sein jüngstes Werk *Syngué Sabour. La pierre de Patience*, in dem in Monologform die Lebensgeschichte einer afghanischen Frau und ihr Kampf gegen gesellschaftliche und religiöse Unterdrückung erzählt wird.

**11.11.** Zum 90. Jahrestag des Waffenstillstandes von 1918 erinnert Staatspräsident Sarkozy im Rahmen einer Zeremonie in der ostfranzösischen Gedenkstätte Douaumont an die Opfer des Ersten Weltkrieges. Im Jahr 1984 hatten der damalige Staatspräsident Mitterrand und der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl in Douaumont Hand in Hand der Gefallenen der Weltkriege gedacht.

\* Zusammengestellt von Katrin Sold, Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

**11.11.** In Kamerun werden zehn entführte Ölarbeiter, darunter sieben Franzosen, von den Geiselnehmern freigelassen. Die Gruppe war Ende Oktober bei einem Überfall auf einen französischen Öltanker der Reederei Bourbon verschleppt worden. Die Geiselnnehmer, kamerunische Rebellen, hatten Autonomieverhandlungen mit der eigenen Regierung erpressen wollen.

**14.11.** Aufgrund eines Streiks, zu dem die Pilotengewerkschaft SNPL aufgerufen hatte, fallen zahlreiche Flüge aus. Insbesondere die Pariser Flughäfen Charles de Gaulle und Roissy sind betroffen, etwa die Hälfte aller Air France-Flüge wird gestrichen. Die Piloten protestieren mit ihrem Streik gegen die geplante Erhöhung des Rentenalters für Piloten und Flugbegleiter auf 65 Jahre. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfolgt auf freiwilliger Basis.

**15.11.** Um mögliche Reaktionen auf die weltweite Finanzkrise zu diskutieren, kommen die Staats- und Regierungschefs der G20-Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer im Rahmen eines Weltfinanzgipfels in Washington zusammen. In seiner Funktion als amtierender EU-Ratspräsident fordert Nicolas Sarkozy eine deutliche Verschärfung der Regulierung des Finanzsektors. Auf diese Position hatten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs bei einem Treffen am 7. November in Brüssel geeinigt. Den ursprünglich von Sarkozy eingebrachten Vorschlag der Schaffung einer Weltfinanzregierung hatten die Vertreter der übrigen EU-Mitgliedstaaten dagegen abgelehnt.

**14.11.** Im Rahmen eines EU-Russland-Gipfels in Nizza trifft Staatspräsident Sarkozy mit dem russischen Präsidenten Medwedew zusammen. Im Mittelpunkt der Gipfelgespräche stehen der Georgienkonflikt, die Sicherheitspolitik sowie die internationale Finanzkrise. Trotz der nicht vollständigen Erfüllung des von der EU vermittelten Waffenstillstandsabkommens im Georgienkonflikt von Seiten Russlands sollen die Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland wieder aufgenommen werden. Sarkozy bietet sich zudem als Vermittler im Konflikt zwischen den USA und Russland um die Stationierung von Abwehrraketen in Tschechien und Polen an und fordert beide Seiten auf, bis zu einer für Mitte 2009 geplanten Sicherheitskonferenz von einseitigen Entscheidungen abzusehen.

**19.11.** Einer richterlichen Anordnung zufolge muss sich der ehemalige Premierminister Dominique de Villepin ebenso wie fünf weitere Angeklagte vor einem Strafgerichtshof verantworten. Ihm wird Beihilfe zur Verleumdung vorgeworfen, da er im Jahr 2004 eine Rufmordkampagne gegen seinen Mitbewerber bei der Entscheidung für die Präsidentschaftskandidatur der UMP, Nicolas Sarkozy, lanciert haben soll. Villepin wird vorgeworfen, auf der Basis gefälschter Dokumente Ermittlungen gegen Sarkozy befördert zu haben. Im Jahr 2004 waren gefälschte Listen des Finanzinstituts Clearstream veröffentlicht worden, auf denen Sarkozy und andere Personen als Empfänger von Schmiergeldzahlungen im Rahmen von Waffengeschäften aufgeführt worden waren.

**19.11.** Die Nationalversammlung verabschiedet mit 335 zu 210 Stimmen ein Krisenbudget für das Jahr 2009. Statt mit 1–1,5 % Wachstum wie bei Vorlage des Budgetentwurfs wird nun mit nur noch 0,2–0,5 % Wachstum für das Jahr 2009 gerechnet. Die Regierung erwartet zudem deutlich sinkende Steuereinnahmen.

**20.11.** Die ehemalige Gesundheitsministerin, Präsidentin des Europäischen Parlaments und Mitglied des Verfassungsrates, Simone Veil, wird mit 22 von 29 möglichen Stimmen zum Mitglied der *Académie française* gewählt, wo sie den Sitz des im Jahr 2007 verstorbenen ehemaligen Premierministers Pierre Messmer einnimmt. Simone Veil war 1927 in Nizza geboren und als Jüdin im Jahr 1944 gemeinsam mit ihren Eltern nach Auschwitz deportiert worden. Als Politikerin hatte sie sich aktiv für die Beziehungen zu Israel sowie für die Rechte von Frauen, darunter das Recht auf straffreien Schwangerschaftsabbruch, eingesetzt.

**22.11.** Die Mitglieder des PS wählen mit einer knappen Mehrheit von 50,02 % der Stimmen die ehemalige Arbeitsministerin Martine Aubry zur zukünftigen Parteivorsitzenden. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal unterliegt knapp mit 49,98 %. Bereits im ersten Wahlgang am 21.11. war Benoît Hamon ausgeschieden. Der ehemals als Favorit geltende Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, hatte nach seiner Niederlage in der Abstimmung über die von den Kandidaten vorgelegten Leitanträge zum Parteiprogramm seine Kandidatur für den Parteivorsitz zurückgezogen.

**24.11.** Im Rahmen des 10. deutsch-französischen Ministerrates treffen in Paris Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches steht die internationale Finanzkrise sowie die Klima- und Umweltpolitik. Zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sprechen sich die Vertreter beider Staaten für eine engere Abstimmung nationalstaatlicher Programme auf EU-Ebene aus.

**25.11.** Nach Protesten und einer Neuauszählung der Stimmen bestätigt der *Conseil national* des PS den Sieg Martine Aubrys in der Stichwahl um den Parteivorsitz mit einer knappen Mehrheit von 102 Stimmen. Das Lager von Aubrys Gegnerin Ségolène Royal äußert weiterhin Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisses.

**25.11.** Nach Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungspartei UMP um einen Gesetzentwurf, der Ladenöffnungszeiten am Sonntag in einigen Fällen ermöglichen soll, wird ein Kompromissvorschlag vorgelegt. Etwa 60 Abgeordnete der UMP und des *Nouveau Centre* hatten sich gegen den von Staatspräsident Sarkozy unterstützten Vorschlag ausgesprochen. Dem Gesetzentwurf zufolge soll die Öffnung von Geschäften an Sonntagen in großen Städten und Tourismusregionen ermöglicht werden. Der neue Entwurf sieht eine Einschränkung dieser Regelung für große Supermärkte und einige Städte, darunter Lyon und Lille, vor.

**27.11.** Beim Absturz eines Flugzeugs vom Typ A320 des Flugzeugbauers Airbus kommen sieben Menschen ums Leben. Das Flugzeug hatte sich auf einem Testflug nahe dem Airbus-Werk bei Toulouse befunden und war über dem Meer bei Perpignan abgestürzt. Die Ursache des Absturzes bleibt zunächst unklar.

**28.11.** Der französische Anthropologe und Ethnologe Claude Lévi-Strauss feiert seinen 100. Geburtstag. Der 1908 in Brüssel geborene Wissenschaftler gilt als Begründer des ethnologischen Strukturalismus, einer Methode in der ethnologischen und anthropologischen Forschung, die auf der Analyse von Beziehungssystemen und -mustern beruht. Sein berühmtestes Werk *Tristes tropiques* ist ein Bericht seiner Forschungsreisen in Südamerika und seiner Studien über die indigene Bevölkerung. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1982 war Lévi-Strauss Professor für Sozialanthropologie am *Collège de France*.

**29.11.** In seiner Rede auf einer Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung in Doha in den Vereinigten Arabischen Emiraten fordert Staatspräsident Sarkozy in seiner Rolle als EU-Ratspräsident, dass die Entwicklung der ärmsten Länder der Welt durch die Finanzkrise nicht behindert werden dürfe und kündigt eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit von Seiten Frankreichs und der EU an.

## Dezember

**3.12.** In einer Rede am Produktionsstandort des Automobilherstellers Renault in Douai kündigt Staatspräsident Sarkozy als Reaktion auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ein Konjunkturprogramm in Höhe von 26 Milliarden Euro an. Dafür werde ein Anstieg des Haushaltsdefizits auf 4 % in Kauf genommen, obwohl dieses die EU-Stabilitätskriterien verletze. Mit dem Geld soll beispielsweise die Verschrottungsprämie für alte Autos erhöht und somit der Kauf umweltfreundlicher Neuwagen gefördert werden. Darüber hinaus sollen etwa 10 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte im Bereich Transport, Hochschulen, Kommunikation und Wohnungsbau aufgewendet werden. Zur Förderung des Konsums ist außerdem die Ausgabe von Konsumgutscheinen an Haushalte mit geringem Einkommen geplant, um deren Kaufkraft zu stärken. Die Regierung erwartet für das Jahr 2009 ein durch das Konjunkturprogramm unterstütztes Wachstum von 0,6 %.

**3.12.** Eine Kommission unter dem Vorsitz von André Varinard legt Justizministerin Rachida Dati einen Vorschlag für eine Reform des Jugendstrafrechts vor, der unter anderem eine Festlegung des Alters der Strafmündigkeit und des Mindestalters für die Verhängung von Gefängnisstrafen auf zwölf statt bisher 13 Jahre vorsieht. Die Ministerin begrüßt den Vorschlag und kündigt eine Überarbeitung des Jugendstrafrechts bis März 2009 an.

**4.12.** Bei einem Raubüberfall auf das Juweliergeschäft *Harry Winston* auf der Avenue Montaigne im Zentrum von Paris erbeuten vier bewaffnete Täter Schmuck im Wert von etwa 80 Millionen Euro. Bereits vor einem Jahr war das Geschäft Ziel eines Raubüberfalls geworden.

**6.12.** Staatspräsident Sarkozy ernennt den bisherigen Generalsekretär der Regierungspartei UMP, Patrick Devedjian, zum Anti-Krisen-Minister. Er ist damit beauftragt, das angekündigte, 26 Milliarden Euro umfassende Konjunkturpaket der Regierung umzusetzen. Ein Nachfolger für den Posten des Generalsekretärs der UMP soll am 24. Januar 2009 ernannt werden.

**6.12.** Im Rahmen einer Tagung des *Conseil national* des PS stellt die neu gewählte Vorsitzende der Partei, Martine Aubry, die Mitglieder des Nationalesekretariats vor. Unter diesen findet sich kein Anhänger der in der Stichwahl um den Parteivorsitz unterlegenen ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal. Der dem linken Parteiflügel angehörende Benoît Hamon, der im November ebenfalls für den Parteivorsitz kandidiert hatte, wird zum Sprecher der Partei ernannt.

**6.12.** Am Rande einer Ehrung für den polnischen Friedensnobelpreisträger Lech Walesa in Danzig trifft Staatspräsident Sarkozy das geistliche Oberhaupt der Tibeter, den Dalai Lama. Während eines zwölfstägigen Aufenthaltes des Dalai Lama in Frankreich im Sommer 2008 war es nicht zu einem Treffen mit Sarkozy gekommen. Der Staatspräsident war stattdessen zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking gereist. An Stelle des Staatspräsidenten hatte Sarkozys Frau Carla Bruni-Sarkozy gemeinsam mit dem Dalai Lama an der Eröffnung eines buddhistischen Tempels im südfranzösischen Roqueredonde teilgenommen. Die Regierung Chinas protestiert gegen das Treffen in Danzig und wirft Frankreich eine Unterstützung der Autonomiebestrebungen Tibets vor. Vertreter der chinesischen Regierung kündigen Konsequenzen für die französisch-chinesischen Beziehungen an.

**8.12.** Arbeits- und Sozialminister Xavier Bertrand übernimmt vorübergehend den Posten des Generalsekretärs der UMP, der nach der Berufung Patrick Devedjians ins Kabinett vakant ist. Am 24. Januar 2009 soll endgültig über einen Nachfolger Devedjians entschieden werden. Eine endgültige Übernahme des Postens durch Bertrand scheint dabei wahrscheinlich.

**8.12.** Im Rahmen einer Rede im Elysée-Palast zum 60. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte fordert Staatspräsident Sarkozy den Rücktritt des Regierungschefs von Simbabwe, Robert Mugabe. Auch der Hohe

Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und die Außenministerin der USA, Condoleezza Rice, hatten dem Diktator einen Rücktritt nahe gelegt. Seit den umstrittenen Wahlen im März 2008, nach denen sich Mugabe zum Sieger erklärt hatte, hat sich die Lage in Simbabwe verschärft. Beobachter kritisieren die Wahlen als unfrei und fehlerhaft. Zudem erschüttert eine Cholera-Epidemie das Land, deren Bekämpfung der Staatspräsident behindert.

**8.12.** In London trifft Staatspräsident Sarkozy zu Beratungen über mögliche Reaktionen auf die Finanzkrise mit seinem britischen Amtskollegen Brown sowie EU-Kommissionspräsident Barroso zusammen. Im Vorfeld hatte die Tatsache, dass Bundeskanzlerin Merkel nicht an dem Treffen teilnimmt, in der Presse für Spekulationen über tiefergehende Unstimmigkeiten in der Reaktion auf die Krise gesorgt. Vertreter der französischen und der britischen Regierung fordern von der Bundesregierung mehr Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur.

**11.12.** In Brüssel findet das letzte EU-Gipfeltreffen unter französischer Ratspräsidentschaft statt. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten verabschieden ein gemeinsames Klimapakete, das die osteuropäischen Staaten sowie die energieintensiven Industriebereiche in ihrem Beitrag zur Umsetzung der Klimaziele entlasten soll. Auch ein Konjunkturpaket in Höhe von 200 Milliarden Euro als Reaktion auf die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise wird verabschiedet. Das Paket umfasst in erster Linie die nationalen Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten. Zudem ebnet die Gipfelteilnehmer durch eine Zustimmung zu Zugeständnissen an Irland den Weg für ein erneutes Referendum über den Vertrag von Lissabon, den die Iren im Juni 2008 abgelehnt hatten. Staatspräsident Sarkozy lobt in einer Abschlussrede das Klimapakete als „historisch“ und zieht eine positive Bilanz der französischen EU-Ratspräsidentschaft.

**14.12.** Im Rahmen einer internationalen Afghanistan-Konferenz auf Einladung des französischen Außenministers Kouchner kommen in La Celle-Saint-Cloud politische Vertreter verschiedener Staaten sowie Experten zusammen, um neue Ansätze zur Lösung der Konflikte in Afghanistan zu erörtern. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage einer künftigen verbesserten Koopera-

tion Afghanistans mit seinen Nachbarstaaten. Trotz einer Zusage nimmt der Vertreter des Irans nicht an dem Treffen teil, nachdem es zuvor durch eine Äußerung von Staatspräsident Sarkozy zu Unstimmigkeiten gekommen war. Sarkozy hatte in Hinblick auf seinen Amtskollegen Ahmadinedschad erklärt, dass es ihm unmöglich sei, mit jemandem an einem Tisch zu sitzen, der den Staat Israel von der Landkarte entfernen wolle.

**15.12.** Der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten und Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit Jouyet gibt nach dem letzten EU-Gipfeltreffen unter französischer Ratpräsidentschaft sein Amt ab. Er übernimmt künftig den Posten des Präsidenten der Finanzmarktaufsicht (AMF). Sein Nachfolger ist der ehemalige Mitarbeiter Dominique de Villepins, Bruno Le Maire. Für den Jahresbeginn 2009 werden weitere Veränderungen des Kabinetts erwartet.

**15.12.** Staatspräsident Sarkozy trifft im Elysée-Palast mit Vertretern der Automobilindustrie, darunter der Konzerne Renault und Peugeot, zusammen, um über mögliche Reaktionen auf die Wirtschaftskrise und künftige Probleme im Automobilsektor zu beraten. Dabei sagt Sarkozy den Autoherstellern, die mit sinkenden Absatzzahlen konfrontiert sind, weitere Unterstützung in Form von staatlichen Darlehen und Garantie-Übernahmen zu. Bereits ein Teil des Anfang Dezember angekündigten, 26 Milliarden Euro umfassenden Konjunkturpakets soll der Autoindustrie zu Gute kommen.

**15.12.** Nach zum Teil gewalttätigen Protesten von Schülern in mehreren französischen Städten gegen eine Reform der Oberstufe, der zufolge etwa 25 000 Stellen im Bildungssektor gestrichen werden sowie die Freiheit in der Fächerwahl eingeschränkt werden sollen, kündigt Bildungsminister Xavier Darcos eine Verschiebung der Reform an. Staatspräsident Sarkozy bekräftigt jedoch, sich für eine spätere Umsetzung der Reform stark machen zu wollen.

**16.12.** Im Pariser Kaufhaus *Printemps* werden – nach Eingang eines Bekennerschreibens bei der Nachrichtenagentur AFP – mehrere Stangen Dynamit gefunden. Allerdings verfügen die Sprengkörper nicht über einen Zündmechanismus. Eine bisher den Behörden unbekannt Gruppierung mit dem Namen „Afghanische re-

volutionäre Front“ fordert in dem Schreiben einen sofortigen Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan.

**16.12.** Auch in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg zieht Staatspräsident Sarkozy eine positive Bilanz der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Er hebt insbesondere die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der Reaktion auf die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die Rolle der EU als Vermittler im Georgienkonflikt sowie die Verabschiedung des Klimapakets hervor.

**17.12.** Der Energiekonzern *Electricité de France* (EdF) übernimmt für etwa 4,5 Milliarden US-Dollar knapp die Hälfte des Atomenergiegeschäfts des US-amerikanischen Energiekonzerns *Constellation Energy*. Davon wird eine Milliarde dem unter Liquiditätsschwierigkeiten leidenden US-Konzern bar bezahlt. EdF will in den USA künftig vier neue Atomreaktoren bauen lassen.

**22.12.** Bei einem Staatsbesuch in Brasilien nimmt Staatspräsident Sarkozy als EU-Ratspräsident am EU-Brasilien-Gipfel in Rio de Janeiro teil und spricht sich für einen Sitz Brasiliens als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat aus. Neben Brasilien gehören auch Japan, Indien und Deutschland, zu den aussichtsreichen Bewerbern um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Außerdem wird im Rahmen des Gipfels die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft zwischen Brasilien und der EU erörtert.

**27.12.** Nach dem Tod eines Herzpatienten und eines Kleinkindes wegen ausbleibender beziehungsweise fehlerhafter Behandlung in französischen Krankenhäusern entbrennt eine Debatte über Strukturprobleme und mangelnde finanzielle Ausstattung des Krankenhausesektors. Laut der Gewerkschaft der Notfallärzte bleiben viele Plätze in Intensivstationen, insbesondere an Feiertagen, aufgrund von Personalmangel ungenutzt.

**31.12.** Im Rahmen seiner Neujahrsansprache kündigt Staatspräsident Sarkozy für das Jahr 2009 eine Fortsetzung seines Reformprogramms insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Verwaltung, Bildung und Forschung sowie Justiz an. Auch die Reaktionen auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise nennt er als zentrale Herausforderung für das kommende Jahr.